Ende des Sitzungsmarathons

Senat gibt Grundordnungsentwurf ans Ministerium

(uk) Die monatelange Diskussion um die neue Grundordnung hat vorläufig ein Ende. In seiner Sitzung vom 27. Februar stimmte der Senat für die mühsam in zahlreichen Sondersitzungen erarbeitete Fassung. Sie geht nun zur Absegnung an das Ministerium.

Eine Enthaltung, ein Kontra und elf positive Stimmen besiegeln den Grundordnungsentwurf der Bauhaus-Universität. Elf kritische Punkte stehen auf der Liste, in denen die Beschlüsse des Senats dem Thüringer Hochschulgesetz widersprechen. Punkte wie das erweiterte Präsidium wurden an zwei anderen Thüringer Hochschulen dennoch bewilligt. Im Laufe der nächsten Wochen wird das Ministerium über den Grundordnungsentwurf entscheiden. »Es kann gut sein, dass einige Punkte abgelehnt werden«, bleibt Rektor Gerd Zimmermann realistisch, »dann wissen wir



Nach sechs Folgen wurde die Lesung der Grundordnung Mitte Februar beendet. In seiner 14. Sitzung verabschiedete der Senat einvernehmlich den Entwurf. Foto: Kristin Beylich

zumindest, wo die klaren Grenzen sind.«
In deren Rahmen würde die Diskussion
dann nach der Klausurtagung im September 2007 und dem wöchentlichen Sitzungsmarathon der vergangenen Wochen in die

dritte Runde gehen. In Kraft treten wird die neue Grundordnung am 1. Juli dieses Jahres.

Rückblicke auf die Debatte

Selten war eine Diskussion im Senat dermaßen aufreibend wie die Verabschiedung der Grundordnung. Professoren, Mitarbeiter, Studierende – jede Gruppe hat einen anderen Blickwinkel, verfolgt andere Ziele. Für den »bogen« blickte jeweils ein Vertreter auf den Verlauf der Debatte.

Erhellende Transparenz

»Die Auflage einer Grundordnung ist nie unproblematisch. Es standen konträre Positionen im Raum: in 2007 erst eine »revolutionäre« Frühphase und dann eine, mit aller Vorsicht gesagt »konservative« Spätphase. Insofern war die intensive Diskussion über das Selbstverständnis der Bauhaus-Universität und ihre Struktur notwendig. Ich verbuche es als positiv, dass die Diskussion letztlich so rege angenommen wurde. Alle Pros und Kontras sind auf den Tisch gekommen. Das war sehr

wichtig für die Transparenz der gesamten Debatte. Manche Punkte, die beschlossen wurden, sind für den einzelnen zum Teil sicher schwer hinzunehmen, aber das gehört zu solchen Diskussionen. Da gibt es keine vorgeprägte Einvernehmlichkeit. Und auch das ist prinzipiell gut so. Dennoch: Ein wirklich brillantes und zukunftsweisendes Modell ist dem Senat nicht gelungen. Andererseits: Der Weg zu Innovationen ist auch nicht verstellt. Wir können ihn weiter beschreiten.

Es war für mich erhellend, welche Positionen die verschiedenen Parts und Personen einnehmen. Überrascht war ich zum Beispiel, dass einige Studenten die Forschung als Konkurrenz für ihre Studieninteressen ansehen. Auch wenn das in der Alltäglichkeit durchaus der Fall sein kann, ist doch grundsätzlich klar, dass exzellente Lehre der exzellenten Forschung bedarf und umgekehrt.

Insgesamt verlief die Diskussion trotz einer Reihe wenig professioneller Einschlüsse im Hinblick auf die Gültigkeit von Gesetzen und einer gewissen Zermürbung der Teilnehmer recht gut. Nun geben wir die Fassung der Grundordnung an das Ministerium. Sicher scheint mir, es wird nicht die letzte sein.«

Prof. Dr. Gerd Zimmermann Rektor der Bauhaus-Universität

Verpasste Chance

»Es gibt einen wesentlichen Punkt, der aus meiner Sicht nicht gut lief. Der Senat hat im vergangenen Jahr eine vorbereitende Gruppe eingesetzt, die intensiv an der Grundordnung gearbeitet und Vorschläge gemacht hat. Statt daran anzuknüpfen, wurde alles in den Papierkorb geworfen und neu diskutiert. Wenn im Bundestag

Maximale Mitbestimmung

Vollversammlung des StuKo klärt über Grundordnung auf

»Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir kämpfen. Und zwar jetzt!« Zustimmender Beifall erfüllt den Audimax im Gebäude der Universitätsbibliothek. Rund 300 Studierende sind dem Aufruf des Studierendenkonvents (StuKo) gefolgt und stimmen bei der Vollversammlung über die zukünftige Ausrichtung ihrer Vertreter ab. Anlass der Zusammenkunft ist die neue Grundordnung der Bauhaus-Universität.

Die meisten Studierenden waren recht ahnungslos in den Hörsaal gegangen. Zu wenig hatten sie bisher über die Grundordnung gehört, um sich eine Meinung zu bilden. Der StuKo hatte deshalb eine Arbeitsgruppe aus den vier studentischen Senatoren und vier weiteren interessierten Studierenden gebildet, die das Thema verständlich aufbereitete. Eine Stunde lang klärte die Gruppe ihre Kommilitonen über die Grundordnung an sich und die damit verbundenen Änderungen in der Selbstverwaltung auf. Die klare Aussage am Ende: »Die Vollversammlung setzt sich für

eine maximale demokratische Mitbestimmung für freie Lehre und Forschung ein und gegen eine Beeinflussung der Lehre

Im Kern wollen alle Gruppen dasselbe. Jeder hat Angst, Macht zu verlieren, und versucht, seinen Einfluss maximal zu vergrößern. Doch statt nur zur Gegenwehr anzusetzen, sollten wir eher Positivismus verbreiten und unsere Chance nutzen, um interdisziplinärer zu werden.

Beitrag eines Studierenden bei der Vollversammlung

durch Dritte.« Der StuKo ist erleichtert. Schließlich standen auch Alternativen wie die Entpolitisierung des Gremiums zur Debatte. In dem Fall wäre der StuKo auf Dienstleistungen für Studierende reduziert worden. »Wir sind froh, dass jetzt ganz zart eine gewisse Politisierung statt-

findet und die Studierenden ihre eigene Lage begreifen«, sagt StuKo-Mitglied Falk Schulz nach der Sitzung erleichtert. Hoffentlich folgt den solidarischen Redebeiträgen auch mehr aktive Beteiligung in der Hochschulpolitik.

Mit dem Verlauf der Grundordnungsdiskussion ist der StuKo jedoch nur bedingt zufrieden. »Im Vorfeld gab es viele Gespräche, auch mit den Dekanen. Diese intensive Auseinandersetzung war gut«, findet Martin Werner, beratendes Mitglied des StuKo im Senat. Sehr unzufrieden sind die Studierendenvertreter jedoch mit einigen Abstimmungen, beispielsweise der Regelung des erweiterten Präsidiums. Ihr Vorschlag, neben dem Präsidium und den Dekanen auch einen Mitarbeiter und einen Studierenden mit aufzunehmen, wurde abgelehnt. »Da haben wir uns sehr verloren gefühlt«, sagt Falk Schulze.

Kristin Beylich Universitätskommunikation

ein Ausschuss ein Gesetz vorbereitet, wird aber auch nicht über jede Zeile neu debattiert. Wir haben praktisch bei Null angefangen. Für mich heißt das, dass entweder die Arbeitsgruppe falsch besetzt war oder von Anfang an die große Runde notwendig gewesen wäre. Doch die Diskussion hat auch so sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Ich hätte mir mehr Effizienz und Professionalität gewünscht, schließlich zählt die Gremientätigkeit nicht zu unseren Hauptaufgaben.

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe war sehr innovativ. Ich finde es enttäuschend, dass wir die Chance verpasst haben, den Ist-Stand zu modernisieren. Wir haben unsere Freiheit, neue Strukturen auszuprobieren, nicht genutzt. Letzten Endes bekräftigt die neue Grundordnung nur das, was ohnehin schon war. Und das vermutlich für die nächsten zehn bis 15

Jahre; die Grundordnung wird ja nicht jährlich überarbeitet.

Prof. Dr. Carsten Könke Leiter des Instituts für Strukturmechanik

Offenes Miteinander

»Die Diskussion war auf jeden Fall sehr wichtig. Vor allem das Zusammensetzen aller Gruppen der Hochschule finde ich sehr gut. Ich frage mich nur: Warum nicht schon ein halbes Jahr früher? So war alles in letzter Minute. Durch den Termindruck musste die Debatte mehr gestrafft werden, auch an Punkten, die mehr Zeit bräuchten. Auf der anderen Seite mussten manche Diskussionen auch nicht sein und gingen am Thema vorbei. Teils ist das sicher den langen Sitzungen geschuldet, da lässt die Konzentration nach.

Sehr gut empfand ich das schrittweise Durchgehen der Grundordnung; jeder Paragraph, Satz für Satz. Da trafen oft persönliche Ansichten und Gruppenmeinungen aufeinander, aber die konnten auch gleich geklärt werden. Alles wurde offen angesprochen und Missverständnisse direkt behoben.

Das Interesse an den Senatssitzungen war groß, gerade die Studierenden waren sehr aktiv. Schade, dass die Mitarbeiter nicht ebenso präsent waren. Aber wen wundert es? Bei den zahlreichen befristeten Verträgen besteht möglicherweise gar kein Interesse an langfristigen Entwicklungen, die über die Laufzeit der Stellen hinausgehen.

Dana Horch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fakultät Medien